Die französischen Gewalthaber werden dankbar sein für diese Hilfe im Kampfe gegen die deutsche Republik und das deutsche Volk. Wird die Regierung Cuno auch dieses volle Treiben weiter gehen lassen?

•

Ausschreitungen in München

München, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im Anschluß an den Empfang des aus der Pfalz ausgewiesenen Regierungspräsidenten Clingensperg kam es am Dienstagabend zu Ausschreitungen. Mehrere hundert Demonstranten hatten sich vor das Hotel Grünwald begeben, in dem auf Veranlassung der Reichsregierung für die Unterbeamten der Ententekommission mehrere Räume als Wohnung bereitgestellt waren. In der Annahme, daß die im Hotel Vier Jahreszeiten boykottierten Kommissionsmitglieder dort Unterkunft gefunden hätten, stürmte die Menge das Hotel. Die von der Polizei schon vorher dort aufgestellte Wache in Stärke von acht Mann, wurde überrannt. Die Demonstranten erzwangen die Durchsuchung des Hotels durch eine Abordnung. Während derselben drang die Menge in das Gebäude ein. In den Parterreräumen wurden neben mehreren Schaufensterscheiben auch eine Anzahl Einrichtungsgegenstände zerstört. Auch in einem Café in der Nähe des Bahnhofs, in dem sich angeblich Franzosen unliebsam bemerkbar gemacht hatten, wurden Schaufenster eingedrückt. Mehrere Personen wurden verhaftet. Die Untersuchung wegen Landesfriedensbruchs ist eingeleitet worden.

Die Regierung erklärt, die Ententekommission mit allen Mitteln zu schützen. Allerdings sei sie nicht in der Lage, das Hotelpersonal zur Bedienung der Missionsmitglieder zu zwingen.

Die Organisation des bayrischen Gastwirtsgewerbes hat ihren Mitgliedern empfohlen, keine französischen und belgischen Gäste aufzunehmen, ihnen jede Dienstleistung zu verweigern und französische und belgische Zeitungen nicht mehr zu halten.

Ein Plakat der Sozialdemokratischen Partei, das sich gegen das Treiben der Nationalsozialisten wendet, ist von der Polizei beschlagnahmt worden.

•

Jede Verständnismöglichkeit ausnutzen

Breslau, 25. Januar. (Eig. Drahtm.) In einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei wurde nach einem Referat des Genossen Dr. Paul Levy einstimmig eine Entschließung angenommen, die den Rechtsbruch im Ruhrgebiet brandmarkt und verlangt, daß jede Möglichkeit einer friedlichen Verständigung ausgenutzt wird. Die Partei soll zu einem entsprechenden Druck auf die Regierung verpflichtet werden. Gegenüber unverantwortlichen Presseäußerungen, die eine Ausdehnung des deutsch-französischen Konflikts auf den Osten geradezu herbeiwünschen, wird erklärt, daß die schlesische sozialistische Arbeiterschaft jede Abenteurerpolitik im Osten zu verhindern wissen wird.

•

Neue deutsche Protestnote

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen:

Die französischen Befehlshaber im Ruhrgebiet haben neuerdings weitere Beamte, nämlich den Telegraphendirektor Meyer in Dorsten (Emscher) und den Postdirektor in Recklinghausen verhaftet. Die Verhaftungen sind auch in diesen Fällen erfolgt, weil die Beamten die Befehle ihrer vorgesetzten deutschen Behörden befolgt haben. Die deutsche Regierung erhebt angesichts dieser Gewaltakte erneut Protest und stellt die gleichen Forderungen, die sie anläßlich der früheren Verhaftungen geltend gemacht hat.

•

Protest der vlämischen Sozialisten

Brüssel, 24. Januar. Volksgenot in Antwerpen, das Organ der flämischen Sozialisten, schreibt: Wir fordern, daß unsre Soldaten aus dem Ruhrgebiet sofort zurückgezogen werden. Unsre Söhne sind in der Armee, um Belgien zu verteidigen und sie sollen nicht nach Deutschland geschickt werden, wo sie nichts Nützliches leisten werden, sondern wo sie nur in blutige Kämpfe hineingezogen werden. Die belgischen Soldaten müßten fort von der Ruhr.

Die Rache der Royalisten

Für die Ermordung ihres Generalsekretärs Marius Plateau in Paris durch die zwanzigjährige Anarchistin Bertow haben die Royalisten Rache genommen. Wie das B. T. mitteilt, hat die Kampfgruppe der „Action Française", die „Camelots du Roi", in der Nacht die Redaktionen und Druckereien einiger angeblich deutschfreundlicher Zeitungen überfallen und zu zerstören versucht. Zunächst wurden die Geschäftsräume der Zeitung L'Oeuvre heimgesucht, wo sich auch die Druckerei des Populaire befindet. Die Camelots, die sich in kleinen Gruppen vor dem Hause getroffen hatten, drangen gegen 11 Uhr in zwei Abteilungen ein und schlugen mit Stöcken einige Maschinen in Trümmer. Desgleichen zerschlugen sie die Fensterscheiben, und die Redaktionstische wurden umgestürzt. In wenigen Minuten war der Ueberfall beendet und die herbeieilende Polizei konnte nur noch den Tatbestand feststellen. Eine halbe Stunde darauf zog der Haufe zur Ere Nouvelle, wo nur noch ein Redaktionsdiener und ein Radfahrer zugegen waren. Zwei Führer der Kampfgruppe traten ein und fragten nach dem Chefredakteur Dubarry, einem besonderen Gegner Daudets. Dubarry war einige Stunden vorher nach Nizza abgereist. Während des Gesprächs wurden die ganzen Räume der Ere Nouvelle von den andern im Sturm genommen, und wieder wurden die Fensterscheiben zerschlagen, die Telephone von den Wänden gerissen, die Schränke umgestürzt und zerbrochen. Der Bureaudiener wollte fliehen, wurde aber zu Boden geschlagen; der Radfahrer erhielt einen Fußtritt in den Leib, der ihn wehrlos machte. Auch hier kam die Polizei zu spät. Erst bei einem neuen Versuch in den Redaktionsräumen der Humanité konnte die Polizei einschreiten, und es konnten mehrere dieser Camelots verhaftet werden. Ein Polizist wurde verwundet. Die Action Française versucht das Attentat politisch auszubeuten, indem sie in großen Buchstaben auf der ersten Seite ihrer gestrigen Nummer schreibt: „Eine deutsche Kugel (!!) hat Marius Plateau getötet". Diese Behauptung ist natürlich falsch, denn die Mörderin ist Französin, in Puteau geboren und als Mitglied kommunistischer Vereine und Mitarbeiterin revolutionärer Blätter bekannt. Sie gab an, Enthüllungen über anarchistische Propaganda machen zu können und kam in die Redaktion der Action Française. Hier war sie zweimal. Einmal erzählte sie dem Sekretär Daudets, dem Führer der „Camelots", Max Plateau, unklare Geschichten über anarchistische Pläne. Das zweitemal traf sie zunächst niemand an und wartete zwei Stunden lang im Vorzimmer auf Plateau, der sie dann gegen vier Uhr in seinem Zimmer empfing. Die Unterhaltung dauerte eine halbe Stunde, und man hörte im Vorraum das Lachen der Bertow. Dann öffnete Plateau die Tür, um den Besuch hinauszulassen. In diesem Augenblick zog die Mörderin aus der Tasche ihres Regenmantels einen Revolver und gab fünf Schüsse auf Plateau ab, von denen zwei trafen.

Kündigung des Abkommens über den Achtstundentag in Dänemark

In Dänemark wurde für die gesamte Industrie der Achtstundentag durch ein am 15. Mai 1919 getroffenes Abkommen zwischen dem Dänischen Gewerkschaftsbund und dem Dänischen Arbeitgeberverband eingeführt.

Dieses Abkommen ist jetzt vom Arbeitgeberverband zum 1. April 1923 gekündigt worden mit der Begründung, daß das Abkommen seinerzeit zwischen den beiderseitigen Hauptorganisationen abgeschlossen wurde. Da jedoch die letzte Generalversammlung des Gewerkschaftsbundes beschlossen hat, daß dieser nicht berechtigt ist, für die angeschlossenen Verbände oder gegen deren Willen Verträge über Lohnfragen abzuschließen, wohl aber Abmachungen über Fragen von allgemeinem Interesse aller Verbände, wie z. B. über die Arbeitszeitfrage, treffen kann, ist der Arbeitgeberverband der Ansicht, daß, wenn doch mit jedem Verband einzeln über Lohnfragen zu verhandeln sei, auch gleichzeitig hiermit Abmachungen über die Arbeitszeit getroffen werden können.

Für das Jahr 1923 wird die Kündigung jedoch keine praktische Bedeutung erhalten, da die Verträge fast aller angeschlossenen Verbände bis zum Frühjahr 1924 laufen.

Schon bei den umfangreichen Lohnbewegungen im Frühjahre 1922, bei denen es zu großen und langandauernden Lohnkämpfen kam, versuchten die Arbeitgeber Bresche in das Abkommen zu schlagen, indem sie für gewisse Arbeiterkategorien, u. a. für die Bauarbeiter, eine längere Arbeitszeit während der Sommermonate forderten. Dies durchzuführen glückte ihnen aber nicht. Vielleicht hoffen sie nun, daß, wenn mit jedem Verband einzeln verhandelt werden soll, es leichter sein wird, Verschlechterungen des Achtstundentags durchzuführen. Der Arbeitgeberverband wird aber damit rechnen müssen, daß in dieser Frage die gesamten Gewerkschaften Dänemarks einig stehen und jeder Verschlechterung des Achtstundentags ihre Zustimmung versagen werden.

Das Milliardendefizit im Reiche

Wels über die Ruhrbesetzung

Deutscher Reichstag

290. Sitzung

Donnerstag den 25. Januar, nachmittags 2 Uhr.

Nach der Erledigung einiger kleinerer Vorlagen tritt das Haus in die erste Beratung des Etats für 1923 ein, der begründet wird vom

Reichsfinanzminister Dr. Hermes:

Der Reichshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1923 steht im Zeichen des niedergehenden Kurses der Mark. Der Haushaltplan, mit dessen Aufstellung pflichtgemäß schon vor einer Reihe von Monaten begonnen werden mußte, hat nach dem heutigen Stande der Dinge nur noch die Bedeutung eines Programms. Fast alle Ansätze werden wesentlich erhöht, neue Posten eingesetzt werden müssen. Sicher ist, daß dieser Haushaltplan ein weiteres starkes Abwärtsgleiten anzeigt. Die Veranschlagung hat bereits in den Monaten August und September 1922 stattgefunden, also unter völlig andern politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen als heute. Auf der Ausgabenseite sind die seit dem 15. November eingetretenen Erhöhungen der Bezüge für die Reichsbediensteten, und auf der Einnahmenseite die Mehrerträge aus den Steuern und den erhöhten Tarifen der Post und der Eisenbahn nicht berechnet. Im ordentlichen Haushalt der Allgemeinen Reichsverwaltung gleichen sich Einnahmen und Ausgaben aus; im außerordentlichen Haushalt bleibt ein ungedeckter Ausgabebedarf von 66 Milliarden. Reichspost- und Telegraphenverwaltung schließen mit einem Fehlbetrage von rund 80½ Milliarden. Durch die Erhöhung der Gebührensätze konnte das Defizit nicht gedeckt werden. Der Anleihebedarf im Außerordentlichen Posthaushalt beläuft sich auf 84½ Milliarden. Bei der Eisenbahn sollen die Ausgaben mit eigenen Einnahmen voll gedeckt werden. Durch Ersparnis an Personal, Kohlen, Oelen sollen rund 140 Milliarden weniger ausgegeben werden. Der außerordentliche Haushalt der Reichsbahn schließt mit einem Anleihebedarf von 284 Milliarden ab. Für die Ausführungen des Friedensvertrages ergibt sich ein Ausgabebedarf von 206 Milliarden. Dabei ist entsprechend unserm Moratoriumsgesuch für die eigentlichen Reparationen noch kein Betrag eingestellt.

Der gesamte Anleihebedarf beträgt 621 Milliarden

Der Minister geht dann zur Besprechung der durch die Ruhraktion geschaffenen Situation über und sagt: Die Absicht der französischen Imperialisten geht dahin, im westlichen Wirtschaftsgebiet eine Vereinigung von Eisen, Erz und Kohle unter französischer Führung aufzurichten. Durch die Ruhrbesetzung und die dadurch bewirkte neue Geldentwertung wächst unsre schwebende Schuld, die am 31. Dezember 1922 1496 Milliarden betrug und bis zum 22. Januar 1923 auf 1852 Milliarden stieg. Vom Kriegsende bis zum Ablauf des Jahres 1920 war die schwebende Schuld nur von 51 Milliarden auf 166 Milliarden gestiegen, vom Beginn des laufenden Rechnungsjahres aber bis zum 22. Januar hat sie sich um 1580 Milliarden vermehrt. Welches Ausmaß die Störung des deutschen Finanzwesens durch den Gewaltakt an der Ruhr annehmen wird, läßt sich noch nicht übersehen. Wie ein Hohn klingt es angesichts dieser Tatsachen, wenn Poincaré behauptet, er wolle mit seinen Gewaltmaßnahmen die deutsche Mark stabilisieren. (Sehr richtig!)

Der Minister kündigt an, daß die Reichsregierung je mehr Mittel zur Abwendung der dauernden Schädigung unsres ganzen Volksstandes zur Verfügung stellen wird, je mehr uns die Gewalt bedrängt. Die Mittel für die soziale Fürsorge sind entsprechend dem ausgedehnten Personenkreis besonders hoch, die Regierung wird sich aber die Fürsorge aller angedeihen lassen, die durch den Krieg, durch unverschuldete Erwerbslosigkeit usw. in Not geraten sind. Ihre besondere Fürsorge gilt den widerrechtlich besetzten Gebietsteilen. Gar nicht laut genug können wir in die Welt hinausrufen: An unserm Ruin trägt die alleinige Schuld die französische Gewaltpolitik! (Lärm bei den Komm.) Mit aller Schärfe wendet sich der Minister dann gegen die Lüge, Deutschland habe absichtlich seine Währung und seine Finanzen ruiniert, um sich den Wiedergutmachungspflichten zu entziehen. Wie groß die Leistungen Deutschlands sind, geht daraus hervor, daß bis jetzt allein

4½ Milliarden Goldmark für die Unterhaltung der fremden Militärs

aufgewandt werden mußten. Der Minister schildert dann noch einmal zusammenfassend den Leidensweg der deutschen Mark.

Jedesmal, wenn bei Verhandlungen eine Verständigung über die Reparationsleistungen erreichbar schien, wie in Cannes und in Genua, bei den Beratungen der Bankiers im Mai und Juni, besserte sich der Markkurs ohne Zweifel. Wie reimt sich das zusammen mit der französischen These, daß die deutsche Regierung oder Industrie die Markentwertung vorsätzlich betrieben habe?

Der Einbruch in das Ruhrgebiet ist zugleich der schwerste Einbruch in die Vertragsrechte derer, die von Deutschland Beträge zu ihrem Wiederaufbau erhofften. (Lebhafte Zu-

Leben • Wissen • Kunst

Max Nordau †

In Paris starb dieser Tage im vierundsiebzigsten Lebensjahre der Schriftsteller Max Nordau, der einst zu den meist gelesenen Autoren der Deutschen und zu den einflußreichsten deutschen Autoren in Frankreich gehörte. Max Nordau war der Sohn des jüdischen Gelehrten Südfeld in Budapest, und die Schärfe des kritischen Verstandes mag in der Erbmasse der Familie auf ihren Sprößling übergegangen sein, der, vom ärztlichen Beruf ausgehend, nach weiten Reisen, die ihn nach Spanien, Italien, Rußland und Skandinavien führten, zur Schriftstellerei überging und sich im Jahre 1880 in Paris ansässig machte. Die Anfänge seiner Schriftstellerei liegen auf dem Gebiete der Reiseschilderungen. Doch sehr bald ging Nordau zur Kulturbetrachtung und Gesellschaftskritik über und gewann gerade auf diesem Felde mit zahlreichen Büchern, unzähligen Feuilletons und Essais, in denen er zu Literatur-, Kunst- und auch sozialen Fragen Stellung nahm, seine besondere Bedeutung. Seine Aufsätze und Bücher sind, wie schon ihre einstmals sehr aufrüttelnd wirkenden Titel: „Konventionelle Lügen des Kulturmenschen" (1883) und „Entartung" andeuten, von polemischem Geiste erfüllt und verbinden mit sehr offener und scharfer, nur oft allzu pessimistischer und maßlos sezierender Kritik packenden Stil und klare Sprache. Zu den lesenswertesten seiner Werke gehört das biologische und psychologische Untersuchungen enthaltende Buch „Paradoxe", das in geistreicher und zugleich gemeinverständlicher Weise widersprechende Erscheinungen im Natur-, Gesellschafts- und Seelenleben erörtert und auszudeuten versucht. Max Nordaus Weltanschauung als freisinniger Liberaler entbehrt allzusehr aufbauender Kraft. Das neunzehnte Jahrhundert ist ihm ein Niedergang, die Menschheit, von den Erfolgen der Technik überrumpelt, habe verlernt, die Dinge in ihrer wahren Gestalt zu sehen und natürlich zu genießen. Selbst die großen geistigen Führer des neunzehnten Jahrhunderts erscheinen ihm als Entartete. Auf dem Gebiet der praktischen Politik hat sich Nordau nur an der Seite Theodor Herzls für den Zionismus betätigt. Seine dichterischen Versuche, Novellen, Romane und Bühnenwerke, die alle von den Leitsätzen seiner Kulturbetrachtung getragen werden, sind von geringerer Bedeutung als seine kritischen. Das und Mangel an revolutionärer Konsequenz scheidet ihn von jener allerdings unvergleichlich größeren literaturgeschichtlichen Erscheinung, mit der ihn Abstammung und kritische Neigung, aber noch mehr die große Mission seines Lebens verbindet. Max Nordau hat den von Heinrich Heine angebahnten Weg, die Völker diesseits und jenseits des Rheins miteinander auf dem Wege der kritischen Schriftstellerei im tiefsten Sinne zu verständigen, vierundzwanzig Jahre nach Heines Tode bewußt aufgenommen, weitergeführt und unermüdlich durch länger als vier Jahrzehnte fortgesetzt. Heinrich Heine und Max Nordau schrieben über die Deutschen mit dem Blick auf die Franzosen und über die Franzosen mit dem Blick auf die Deutschen. Daß diese nahezu durch ein Jahrhundert fortgesetzten ideologischen Verständigungsversuche einzelner gegenwärtig so erfolglos zu sein scheinen, vermindert nicht den Wert der Bemühung.

1806 und 1923

Der badische Arbeitsminister, Genosse Dr. Engler, betonte in einer Rede in Freiburg mit starkem Nachdruck die Treue, mit der in Baden Volk und Regierung zum Reiche stehen und durch nichts sich darin wankend machen ließen. Dieses Bekenntnis eines sozialistischen Ministers einer republikanischen Regierung gibt dem Badischen Beobachter, dem führenden Zentrumsorgan des Landes, Veranlassung, folgende historische Parallele zu ziehen:

„Vor über hundert Jahren war das alte Deutsche Reich unter der Führung der Habsburger in der gleichen Lage wie heute das neue Deutsche Reich: es mußte französischer Eroberungslust und französischem Uebermut entgegentreten, der Deutschland zerschlagen wollte, und, soweit möglich, auch zerschlug. Damals hatte das Volk in seiner Masse nichts oder wenig zu sagen. Die Politik wurde von seinen Fürsten bzw. ihren Kabinetten gemacht. Und als Napoleon als Versucher an die deutschen Fürsten herantrat, wie auch jetzt wieder Frankreich den Versucher spielt, da bildete sich der sogenannte Rheinbund. Das war der Bund von 16 deutschen Staaten, die als souverän erklärt wurden und sich vom Reich lossagten. Bayern, Württemberg, Baden, Hessen usw. waren dabei. Die Fürsten wurden teils Könige, teils Großherzöge, Herzöge usw., stellten für Frankreich ein Heer von 63 000 Mann und verpflichteten sich, sich untereinander, d. h. Napoleon, zu helfen. Ihr Gebiet wurde durch Mediatisierung vieler reichsunmittelbarer Gebiete erweitert. Das war am 12. Juli 1806, wo der Vertrag abgeschlossen wurde. Am 1. August 1806 wurde die Tatsache dem Reichstag mitgeteilt, worauf Kaiser Franz II. abdankte; das Reich war damit erledigt.

Heute in ähnlicher Lage haben die republikanischen Regierungen als Repräsentanten des Volkes das Wort, und sie erklären sich im Namen des Volkes für das Reich und werden sich von diesem Entschluß auch nicht durch Vergünstigungen und Erleichterungen abbringen lassen. Das deutsche Volk hält heute fester zum Reich als vor hundert Jahren seine Fürsten. Das deutsche Volk beweist dadurch, daß es in dieser Beziehung mündig geworden und jedenfalls von mehr nationalem Geist erfüllt ist als seine Fürsten vor hundert Jahren."

Dresdner Kalender

Theater am 27. Januar. Opernhaus: Othello (7). — Schauspielhaus: Mächtiger als der Tod (7). Volksbühne Nr. 3762 bis 3785. — Neustädter Schauspielhaus: Peer Gynt (7). — Residenz-Theater: Der Edelweißkönig (8½); Die Dollarprinzessin (7½).

Neustädter Schauspielhaus. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß alle Peer-Gynt-Aufführungen pünktlich um 7 Uhr (nicht wie sonst um 7½ Uhr) beginnen und daß die Eingänge zum Zuschauerraum während der einzelnen Bilder unbedingt geschlossen bleiben.

Mibia Pincs spricht Sonnabend den 3. Februar (7½) in der Kunstausstellung Richter: Vom Leben des Einsiedlers Sosima aus Die Brüder Karamasoff von Dostojewski. Karten bei Emil Richter, Prager Straße 13, F. Ries, Seestraße 21, und im Residenz-Kaufhaus.

Vereinigte Arbeiterjugend

Bezirk Altstadt. Dienstag den 30. Januar abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 5, wichtige Bezirksausschußsitzung. Infolge der reichhaltigen Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen aller Gruppenvertreter Pflicht. Die Sammellisten für den Lichtbilderapparat sind mitzubringen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230126/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG